

Markus Wilp

Das nächste politische Erdbeben. Betrachtungen zur niederländischen Parlamentswahl am 12. September 2012

DI E NIEDERLÄNDISCHE POLITIK befindet sich seit Beginn des neuen Jahrtausends in einer Phase, die von Unruhe und Diskontinuitäten geprägt ist. Ein Indikator hierfür ist sicherlich der Umstand, dass alle seit 1998 amtierenden Regierungskoalitionen vor dem Ablauf der jeweiligen Legislaturperiode zerbrochen oder zurückgetreten sind. Vor diesem Hintergrund finden in den Niederlanden seit einigen Jahren immer wieder vorzeitige Neuwahlen statt. Bei der Betrachtung der Wahlergebnisse fällt auf, dass diese wegen der vielen Wechselwähler und der schwankenden politischen Stimmung sehr unterschiedlich ausfallen – in der Berichterstattung wird somit immer wieder von politischen Erdbeben gesprochen. Die wechselhaften Wahlergebnisse der jüngeren Vergangenheit wirkten sich auch auf die Zusammensetzung der Regierungen aus: In den letzten Jahren wurden einige in ihrer Zusammensetzung zum Teil durchaus ungewöhnliche und vor der entsprechenden Wahl noch nicht absehbare Koalitionen geschlossen.

Auch im Jahr 2012 zerbrach wieder eine niederländische Regierung (das Kabinett Rutte I), es musste erneut ein neues Parlament gewählt werden. Bei der Wahl vom 12. September 2012 handelte es sich um die fünfte Wahl seit 2002 und wiederum vollzogen sich bedeutsame Umbrüche. Die großen Sieger der Abstimmung waren die konservativ-liberale *Volkspartij voor Vrijheid en Democratie* (VVD) mit Mark Rutte, dem seit 2010 amtierenden Ministerpräsidenten, und die sozialdemokratische *Partij van de Arbeid* (PvdA) mit ihrem neuen politischen Leiter Diederik Samsom an der Spitze. Insbesondere das gute Abschneiden der PvdA war sehr überraschend, da sich die Partei wenige Wochen vor der Wahl noch im Umfragetief befunden hatte. Dieses Tief konnte sie dann jedoch überwinden – unter anderem, weil die lange Zeit als vermeintlich sichere Wahlsiegerin betrachtete *Socialistische Partij* (SP) kurz vor der Wahl deutlich an Unterstützung einbüßte. Die größten Verlierer der Wahl waren neben der populistischen und in diesem Wahlkampf vor allem europakritisch auftretenden *Partij voor de Vrijheid* (PVV) der christdemokratische *Christen-Democratisch Appèl* (CDA) und die progressive Partei *GroenLinks* (GL).

Obwohl sich die Vertreter der VVD und PvdA im Wahlkampf hinsichtlich einer möglichen Zusammenarbeit skeptisch geäußert hatten, führten die in Anbetracht des Wahlergebnisses anberaumten Koalitionsgespräche zwischen ihnen zu einem

schnellen Ergebnis: Bereits Anfang November konnte die neue Regierung aus VVD und PvdA ihre Arbeit aufnehmen. Ministerpräsident der Niederlande blieb Mark Rutte. Im Rahmen dieses Beitrags wird ein Überblick über die politischen Geschehnisse des Jahres 2012 vermittelt. Zunächst richtet sich der Blick dabei auf die Vorgeschichte der Wahl sowie den Wahlkampf. Anschließend werden dann die wichtigsten Ergebnisse der Wahl, das Zustandekommen des Kabinetts Rutte II sowie der Start der neuen Regierung erörtert.

Entstehung und vorzeitiges Scheitern des Kabinetts Rutte I

Die Wahl vom 9. Juni 2010, die aufgrund des vorzeitigen Auseinanderbrechens des aus dem CDA, der PvdA und der orthodox-protestantischen *ChristenUnie* (CU) bestehenden Kabinetts Balkenende IV erforderlich geworden war, brachte mehrere bemerkenswerte Resultate hervor.¹ Zu erwähnen ist sicher der Wahlsieg der VVD, die nach einem sehr erfolgreichen Wahlkampf 20,5% der Stimmen erhielt und damit zum ersten Mal in ihrer Geschichte die größte Partei der Niederlande wurde. Noch mehr Aufmerksamkeit richtete sich im In- und Ausland auf die großen Zugewinne der PVV, die mit ihrem Protagonisten Geert Wilders ein Wahlergebnis von 15,5% erreichen konnte und damit zur drittstärksten politischen Kraft wurde. Größter Verlierer der Wahl war der CDA, der nur 13,6% der Stimmen erhielt und der damit eine Niederlage historischen Ausmaßes hinnehmen musste. Vor diesem Hintergrund trat Jan-Peter Balkenende, der von 2002 bis 2010 das Amt des niederländischen Ministerpräsidenten bekleidet und sich nochmals um eine Wiederwahl beworben hatte, von allen politischen Ämtern zurück. Seine Nachfolge im Amt des Ministerpräsidenten trat Mark Rutte an, der auf der Grundlage des Wahlsieges der VVD der erste liberale Ministerpräsident seit 1918 wurde.

Bevor das Kabinett Rutte I seine Arbeit aufnehmen konnte, waren überaus komplizierte und auch langwierige Verhandlungen erforderlich gewesen, in deren Verlauf es zu mehreren Krisen und unvorhergesehenen Wendungen kam. Insgesamt nahmen die Koalitionsgespräche einen Zeitraum von über vier Monaten in Anspruch, die Regierungsbildung des Jahres 2010 ging damit als die drittlängste in die politische Geschichte der Niederlande ein.² Das überraschende und kontrovers diskutierte Ergebnis der Unterredungen bestand in der Entstehung eines Minderheitskabinetts aus VVD und CDA, welches im Oktober 2010 seine Arbeit aufnahm. Unterstützt wurden die Regierungsparteien durch die PVV, mit der

1 Zu den politischen Umbrüchen des Jahres 2010 siehe: M. WILP, *Machtwechsel in Den Haag: Die politischen Geschehnisse des Jahres 2010 im Überblick*, in: *Jahrbuch des Zentrums für Niederlande-Studien* 21 (2010), S. 57–73. Die Entwicklungen, die zum Sturz des Kabinetts Balkenende IV führten, werden betrachtet in: J. HOLTHAUSEN, *Internationale Reputation versus Parteipolitik: Das Scheitern des Kabinetts Balkenende IV (2007–2010)*, in: *Jahrbuch des Zentrums für Niederlande-Studien* 21 (2010), S. 41–56.

2 Lediglich in den Jahren 1977 und 1973 hatte der Prozess der Regierungsbildung einen noch längeren Zeitraum in Anspruch genommen.

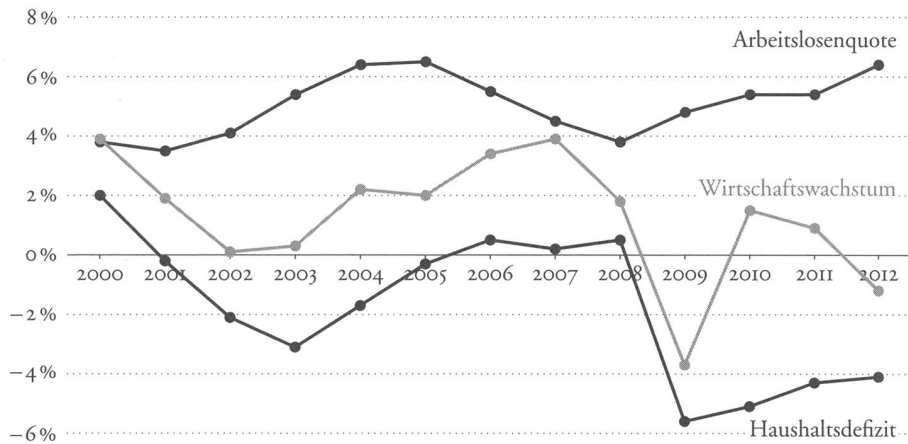
eine Duldungsvereinbarung geschlossen wurde. Diese Konstruktion wurde von Beginn an oftmals kritisch bewertet. Der inhaltliche Grund hierfür lag darin, dass viele Kommentatoren die indirekte Regierungsbeteiligung der polarisierenden PVV ablehnten. In Anbetracht der knappen Mehrheitsverhältnisse in der Zweiten Kammer, der fehlenden Mehrheit in der Ersten Kammer, der parteiinternen Diskussionen im CDA über die Zusammenarbeit mit der PVV und des grundsätzlichen Misstrauens gegenüber der Verlässlichkeit der Wilders-Partei wurde zudem auch die Stabilität der neuen Regierung angezweifelt. Darüber hinaus beurteilten manche die Bildung eines Minderheitskabinetts vor dem Hintergrund der großen politischen Aufgaben, die auf der politischen Tagesordnung standen, grundsätzlich kritisch.

Die Regierung Rutte I setzte sich aus zwölf Ministern und acht Staatssekretären zusammen.³ Mit dem Motto »Freiheit und Verantwortung« angetreten, bestand ihr zentrales Ziel von Beginn an darin, die durch die Wirtschafts- und Finanzkrise ausgelösten Probleme anzugehen. Der Fokus richtete sich hierbei vor allem auf Verbesserungen in Bezug auf die alarmierende Haushaltslage (vgl. Abbildung 1, S. 98). Die Diskussionen über die Regierungspolitik wurden damit dann auch geprägt von den Einsparungen, durch die das Kabinett die Staatsverschuldung zurückdrängen wollte. Das zu Beginn der Legislaturperiode verabschiedete Sparpaket hatte einen Umfang von 18 Milliarden Euro, es sah unter anderem Maßnahmen zur Verkleinerung des Staatsapparates, Steuerhöhungen und Kürzungen bei sozialen Leistungen sowie in den Bereichen Bildung, Kultur, Entwicklungszusammenarbeit und Verteidigung vor. Der Kurs der Regierung führte zu massiven Protesten, die jedoch die getroffenen Entscheidungen nicht grundsätzlich änderten. Neben den Aktivitäten auf den Gebieten der Haushalts- und Wirtschaftspolitik setzte sich die Regierung auch für mehr öffentliche Sicherheit, eine Begrenzung der Zuwanderung und den Bürokratieabbau ein. Im internationalen Rahmen beschäftigte sich das Kabinett vor allem mit der Euro-Krise, deren Gefahren selbstverständlich auch in den Niederlanden mit großer Besorgnis beobachtet werden. Zudem entschied man sich dazu, durch eine Trainingsmission das niederländische Engagement in Afghanistan fortzusetzen und den internationalen Militäreinsatz gegen das Gaddafi-Regime in Libyen zu unterstützen.

Trotz der Bedenken, die den ungewöhnlichen Zusammenschluss von Beginn an begleiteten, erwies sich die Kooperation der drei an der Regierung beteiligten Parteien für einige Zeit als recht stabil. Dies bedeutete allerdings nicht, dass jede der getroffenen Entscheidungen von der PVV unterstützt wurde und es im Rahmen der Kooperation nicht zu scharfen Auseinandersetzungen kam. Die Wilders-Partei übte vor allem massive Kritik an den Bemühungen zur Stabilisierung des Euro, auch den erneuten Einsatz in Afghanistan lehnte sie ab. Die Minderheitsregierung

3 In der kurzen Regierungsperiode des Kabinetts fand nur eine Umbesetzung statt: Ende 2011 trat Piet Hein Donner (CDA) das Amt des Vizepräsidenten des Staatsrates an, neue Innenministerin wurde daraufhin Liesbeth Spies (CDA).

Abbildung 1: Entwicklung zentraler Wirtschaftsdaten (2000 bis 2012)



Quelle: *Centraal Bureau voor de Statistiek*; Eigene Darstellung

blieb bei diesen Themen handlungsfähig, weil sie die erforderliche parlamentarische Unterstützung bei Oppositionsparteien fand.

Zum Bruch der Regierung kam es am 21. April 2012. Hintergrund für diese Entwicklung waren die weiterhin vorhandenen wirtschaftlichen Probleme und – damit verbunden – die schlechten Haushaltsprognosen für das Jahr 2013. Das *Centraal Planbureau* (CPB), das die Regierung mit seiner Expertise bei ökonomischen Fragen berät, hatte im März 2012 verkündet, dass das Haushaltsdefizit ohne weitere Maßnahmen die 3%-Grenze deutlich übersteigen würde und daher ein neues, in seinem Umfang wieder bedeutsames Sparpaket erforderlich sei. Dies führte zur Frage, in welchem Ausmaß und an welchen Stellen weitere Kürzungen vorgenommen werden sollten. Hierüber verhandelten die an der Regierung beteiligten Parteien über Wochen. Die Gespräche führten letztlich nicht zu einer Einigung, sondern Ende April zum vorzeitigen Fall des Kabinetts. Dieses Ergebnis war nicht völlig überraschend, da die PVV immer wieder verkündet hatte, dass sie weiteren Einsparungen kritisch gegenüber stünde und zudem nur einem Sparpaket zustimmen könnte, das den Zielen der Partei entspräche.⁴ Zudem hatten die Verhandlungen bereits Ende März eine schwierige Phase durchlaufen – im Nachhinein wurde deutlich, dass es zu diesem Zeitpunkt zu einem heftigen Konflikt zwischen Rutte und Wilders gekommen war. Grund für das Scheitern der Unterredungen war letztlich die Weigerung der PVV, das geplante Sparpaket, welches einen Umfang von über 14 Milliarden Euro haben sollte, zu unterstützen.⁵ Die von Wilders formulierte Kritik an den Sparplänen richtete sich vor allem darauf, dass

4 Die Partei trat vor allem für weitere Kürzungen im Bereich der Entwicklungszusammenarbeit und neue Anstrengungen zur Begrenzung der Zuwanderung ein.

5 Nähere Informationen zu den damals geplanten Maßnahmen sind im Internet zu finden unter: <http://www.rijksoverheid.nl/nieuws/2012/04/23/kabinet-biedt-ontslag-aan.html>.

die Kaufkraftverluste für Rentenbezieher und der Umfang der Sparmaßnahmen zu hoch seien. Wilders vertrat seine Entscheidung gewohnt offensiv, indem er die PVV als Schutzpatronin der niederländischen Bürger vor »Brüsseler Spardiktaten« darstellte.⁶ Vertreter der VVD und des CDA interpretierten die Vorgänge anders – sie warfen Wilders vor, dass er vor der Verantwortung weggelaufen sei und Partei über Landesinteressen gestellt habe.⁷

Am 23. April 2012 bot Ministerpräsident Rutte Königin Beatrix seinen Rücktritt an. Die Begründung hierfür lautete, dass es den drei an der Regierung beteiligten Parteien nicht gelungen sei, gemeinsame Antworten auf die drängenden Haushaltsprobleme zu formulieren.⁸ Das Scheitern der Regierung brachte die Niederlande in eine schwierige Position, weil bereits Anfang Mai die Haushaltsplanungen für das Jahr 2013 nach Brüssel geschickt werden sollten. In dieser Situation kam es dann zu einer überraschenden Wendung: VVD und CDA gelang es, zusammen mit den sozialliberalen *Democraten 66* (D66), der CU und GL innerhalb weniger Tage ein Sparpaket zu schnüren, welches die Neuverschuldung im Jahr 2013 auf drei Prozent zurückbringen sollte.⁹ Das von den fünf Parteien vorgestellte und vom Parlament verabschiedete Paket sah Einsparungen in Höhe von rund 12 Milliarden Euro vor. Diese Summe sollte unter anderem durch eine Anhebung der Mehrwertsteuer, die vorzeitige Erhöhung des Renteneintrittsalters, Einsparungen im Gesundheitsbereich, den Verzicht auf Lohnerhöhungen, Kürzungen auf dem Wohnungsmarkt und weitere Steuererhöhungen erreicht werden. Das Zustandekommen der Haushaltsplanungen wurde von vielen Bürgern positiv beurteilt.¹⁰

6 In der Parlamentsdebatte, die nach dem Fall der Regierung stattfand, verteidigte Wilders seine Entscheidung im Rahmen einer Rede ausführlich. Vgl. hierzu: G. WILDERS, *Spreektekst Geert Wilders bij debat kabinetscrisis*, 24.4.2012, online unter <http://www.pvv.nl/index.php/component/content/article/36-geert-wilders/5526-spreektekst-geert-wilders-bij-debat-kabinetscrisis.html>, eingesehen am 27.4.2012.

7 Hingewiesen sei an dieser Stelle darauf, dass einige Kommentatoren einen Zusammenhang zwischen dem Sturz der Regierung und Geschehnissen in der Provinz Limburg sahen. Die aus PVV, VVD und CDA bestehende Koalition in Limburg war am 20. April 2012 zerbrochen, weil es zu Unstimmigkeiten im Umfeld eines Besuchs des türkischen Staatspräsidenten Abdullah Gül gekommen war. Dieser Vorgang trug dazu bei, dass sich die Beziehungen zwischen den beteiligten Parteien verschlechterten.

8 Vgl. M. RUTTE, *Brief aan koningin Beatrix over ontslag kabinet*, 23.4.2012, online unter <http://www.rijksoverheid.nl/documenten-en-publicaties/brieven/2012/04/23/afschrift-brief-aan-koning-beatrix-over-ontslag-kabinet.html>, eingesehen am 6.4.2013.

9 Diese fünf Parteien hatten schon bei der Entscheidung über eine Fortführung des niederländischen Engagements in Afghanistan zusammengearbeitet, vor diesem Hintergrund wurde bei den Haushaltsplanungen vom Zusammenwirken der »Kunduz-Koalition« gesprochen. Das von den fünf Parteien vorgestellte Sparpaket wurde oftmals als »Frühlingsvereinbarung« oder als »Kunduzvereinbarung« bezeichnet. Zum Thema siehe: P. SCHNABEL, *Verfällt Frau Antje dem Populismus? Der Wandel des politischen Klimas in den Niederlanden seit 2000*, in: LANDESZENTRALE FÜR POLITISCHE BILDUNG NRW (Hrsg.), *Wandel der Parteiendemokratie und Populismus*, Düsseldorf 2012, S. 13ff.

10 Vgl. M. DE HOND, *De stemming van 27 april 2012*, 27.4.2012, online unter <https://mo.noties.nl/peil.nl/>, eingesehen am 30.4.2013.

Kritik kam unter anderem von Seiten der PvdA, der PVV und der SP, die derartige Sparmaßnahmen weder als sozial verträglich noch als ökonomisch sinnvoll ansahen.¹¹

Der Wahlkampf

Laut Umfragen sahen viele Bürger den Sturz der umstrittenen und wenig populären Regierung positiv.¹² Die Diskussionen über den Wahltermin konnten rasch mit der Entscheidung beendet werden, dass die Wahl unmittelbar nach der Sommerpause stattfinden sollte. Die Hauptphase der Auseinandersetzungen erstreckte sich somit auf wenige Wochen, in denen ein äußerst intensiv geführter Wahlkampf stattfand. Die Aufmerksamkeit richtete sich in dieser Zeit vor allem auf die Fernsehdebatten, in denen die Spitzenkandidaten der verschiedenen (großen) Parteien über die aktuellen Themen und die Pläne für die nächsten Jahre diskutierten.

Thematisch lag der Schwerpunkt des Wahlkampfes vor allem auf den bedeutsamen wirtschafts- und finanzpolitischen Fragen, die die politischen Auseinandersetzungen in den Niederlanden seit Jahren prägen. Hintergrund hierfür waren die großen Probleme in Bezug auf die ansteigende Arbeitslosigkeit und auf die schlechte Wirtschaftsentwicklung sowie die bereits erwähnten Schwierigkeiten im Bereich des Haushalts (vgl. Abbildung 1, S. 98). Ebenso wie im Jahr 2010 konzentrierten sich die Diskussionen vor allem darauf, in welchem Umfang und an welchen Stellen Einsparungen zur Haushaltskonsolidierung sinnvoll erscheinen. Äußerst umstritten war hierbei die Frage, ob das Haushaltsdefizit für das Jahr 2013 über der Grenze von 3 % liegen darf oder nicht – einige Parteien traten dafür ein, diese Grenze unbedingt zu beachten, andere wollten in Anbetracht der schwierigen Situation eine Überschreitung zulassen. Auch in der Bevölkerung fanden sich zu dieser Frage sehr unterschiedliche Anschauungen.¹³ Im Rahmen der Diskussionen über mögliche Kürzungen ging es beispielsweise wieder um die Festsetzung des Renteneintrittsalters, die Begrenzung der Gesundheitskosten, die Probleme auf dem Wohnungsmarkt, Neuregelungen hinsichtlich des Kündigungsschutzes und Steuererhöhungen. Zudem wurde über Konzepte zur Belebung der Wirtschaft und des Arbeitsmarktes diskutiert.

- 11 Weitere Informationen und Dokumente zu den beschriebenen Vorgängen finden sich in einem Dossier der *Nederlandse Omroep Stichting* (NOS), das im Internet unter <http://nos.nl/dossier/348940-val-kabinettruttele> einzusehen ist.
- 12 Vgl. M. DE HOND, *De week waarin alles anders werd (of niet?)*, 29.4.2012, online unter <https://n0.noties.nl/peil.nl/>, eingesehen am 30.4.2013; M. DE HOND, *De stemming van 22 april 2012*, 22.04.2012, online unter <https://n0.noties.nl/peil.nl/>, eingesehen am 24.4.2012. Schnabel weist darauf hin, dass der Fall des Kabinetts auch in politischen Kreisen mit Erleichterung aufgenommen wurde. Vgl. SCHNABEL (wie Anm. 9), S. 12.
- 13 Vgl. hierzu beispielsweise: K. SANDERSE, *Help! kiezers voor 3 procentnorm*, 4.6.2012, online unter <http://www.ipsos-nederland.nl>, eingesehen am 19.6.2012; M. DE HOND, »Over my dead body«, 18.8.2012, online unter <https://n0.noties.nl/peil.nl/>, eingesehen am 25.8.2012.

Die Diskussionen über die finanz- und wirtschaftspolitischen Fragestellungen konzentrierten sich nicht nur auf den nationalen Rahmen, sondern auch der europäische Kontext wurde häufig erörtert. Verschiedene Parteien, insbesondere die PVV und in weniger forschem Maße die SP, äußerten Kritik an den durchgeführten Maßnahmen zur Eurorettung und forderten deutliche Kurswechsel. Derartige Inhalte stießen in Teilen der Bevölkerung durchaus auf fruchtbaren Boden: Aus verschiedenen Umfragen ging hervor, dass viele niederländische Bürger die Rettungsmaßnahmen und die Zukunft des Euro kritisch bewerteten.¹⁴ Vor diesem Hintergrund ist es nicht verwunderlich, dass der Wahl auch eine wichtige europäische Bedeutung zugesprochen und sie damit auch im Ausland intensiv verfolgt wurde.¹⁵

Die Wahlkämpfe in den Niederlanden werden nicht nur von den Inhalten, sondern selbstverständlich auch von den antretenden Spitzenkandidaten geprägt – in einem kurzen, stark über das Fernsehen ausgetragenen Wahlkampf gilt dies in besonderer Weise. Sowohl bei den Sozial- als auch bei den Christdemokraten fanden vor der Wahl wichtige Neubesetzungen statt. Die Mitglieder der PvdA wählten im März 2013 Diederik Samsom zum neuen Fraktionsvorsitzenden und politischen Leiter der Partei. Samsom trat damit die Nachfolge von Job Cohen an, der die Sozialdemokraten im Jahr 2010 im Wahlkampf angeführt hatte und danach Vorsitzender der Parlamentsfraktion gewesen war. Der auf Ausgleich und sachlichen Austausch bedachte Cohen hatte große Probleme, die Rolle des Oppositionsführers wirkungsvoll auszufüllen, sein Rücktritt kam daher nicht überraschend. Auch die Mitglieder des CDA durften über ihren Spitzenkandidaten abstimmen, nachdem Maxime Verhagen, der nach Balkenendes Rücktritt politischer Leiter der Partei gewesen war, auf die Spitzenkandidatur verzichtete. Sybrand Buma, der bereits seit Oktober 2010 als Vorsitzender der Parlamentsfraktion fungierte, konnte sich bei der im Mai 2012 durchgeführten Mitgliederabstimmung durchsetzen.

Neben diesen Wechseln vertrauten die meisten Parteien jedoch »bekanntem Gesichtern«. Die VVD stellte ebenso wie 2006 und 2010 wieder Mark Rutte als Spitzenkandidaten auf. Geert Wilders übernahm erneut die Rolle als Spitzenkandidat »seiner« PVV.¹⁶ Die SP trat erneut mit Emile Roemer an der Spitze an, die D66 zum dritten Mal mit Alexander Pechtold, die CU wiederum mit Arie Slob, die SGP zum zweiten Mal mit Kees van der Staaij und die PvdD wie 2006 und 2010 mit Marianne Thieme. Die größten Diskussionen entstanden bei GL über

14 Vgl. hierzu beispielsweise: M. DE HOND, *Steuern an Spanische Banken*, 15.7.2012, online unter: <https://n0.noties.nl/pei.nl/>, eingesehen am 19.7.2012.

15 Anschaulich hierzu: C. MUDDE, *Dutch elections, European consequences*, 12.9.2012, online unter: <http://www.opendemocracy.net/cas-muddel/dutch-elections-european-consequences>, eingesehen am 4.4.2013.

16 Aufgrund der Tatsache, dass in den Niederlanden kaum rechtliche Vorgaben für die Organisationsstruktur von Parteien bestehen, ist es Wilders möglich, die inhaltlichen und personellen Entscheidungen in der von ihm gegründeten PVV zu dominieren. Deutlichster Indikator hierfür ist der Umstand, dass er bis heute das einzige Mitglied der Partei ist.

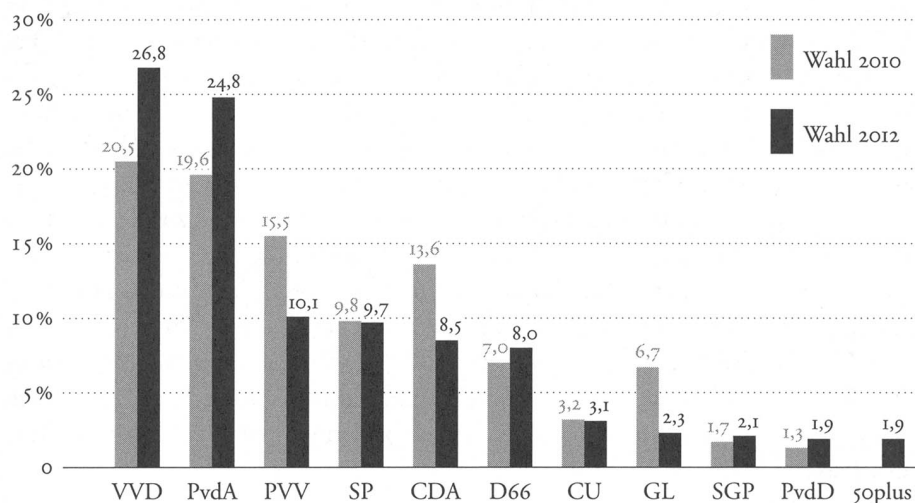
die Spitzenkandidatur von Jolande Sap. Sap war im Dezember 2010 als Nachfolgerin von Femke Halsema politische Leiterin der Partei geworden und musste in dieser Position fortdauernd mit (zum Teil auch internen) Problemen kämpfen. Vor der Wahl versuchte vor allem der Parlamentarier Tofik Dibi, ihr die Position als Spitzenkandidatin zu entreißen – in einer im Juni 2012 durchgeführten Mitgliederbefragung wurde Saps Position jedoch klar bestätigt.¹⁷

Wahlergebnisse im Überblick

Am 12. September 2012 waren knapp 12,7 Millionen Niederländer aufgerufen, ihre Stimme für eine der insgesamt 21 zugelassenen Parteien abzugeben.¹⁸ Die Wahlbeteiligung lag bei 74,6% und damit noch etwas niedriger als 2010 (75,4%).¹⁹ Aus der Wahl der abgegebenen Stimmen (knapp 9,5 Millionen) und der Zahl der verfügbaren Parlamentssitze (150) ergibt sich bei niederländischen Parlamentswahlen der sogenannte Wahlquotient (*kiesdeler*). Bei der Wahl 2012 errechnete sich ein Wert von knapp 63.000 – alle elf Parteien, die mehr Stimmen erhielten, zogen in die Zweite Kammer ein. Sieger der Wahl waren die VVD (26,8%) und die PvdA (24,8%), die deutliche Zugewinne erzielen konnten und die – anders als noch 2010, als sich ein sehr unklares Bild ergab – mit deutlichem Abstand vor den Mitbewerbern lagen. Vier weitere Parteien, die PVV, die SP, der CDA und die D66, erhielten zwischen acht und rund zehn Prozent der Stimmen und sicherten sich damit zwischen zwölf und 15 Mandate. Unter diesen Parteien befinden sich die beiden großen Verlierer der Wahl: Die PVV und der CDA büßten gegenüber der Wahl im Jahr 2010 jeweils über fünf Prozent und damit neun (PVV) bzw. acht (CDA) Mandate ein. Weitere fünf Parteien erhielten zwischen knapp zwei und rund drei Prozent der Stimmen und damit zwei bis fünf Parlamentssitze:

- 17 Dibi, der nur den zehnten Platz auf der Kandidatenliste seiner Partei erhielt, versuchte daraufhin im Wahlkampf, möglichst viele direkte Stimmen für sich zu gewinnen. Diese Bemühungen erwiesen sich als wenig erfolgreich: Bei der Wahl erhielt er nur rund 5.000 Vorzugsstimmen – deutlich zu wenig, um die von der Partei vorgegebene Reihenfolge der Kandidaten zu durchbrechen. Dieser Umstand führte in Kombination mit dem schlechten Abschneiden seiner Partei dazu, dass Dibi sein Parlamentsmandat verlor.
- 18 Die Niederlande waren bei der Wahl in 20 Wahlbezirke eingeteilt, wobei der neue 20. Wahlbezirk die überseeischen Inseln Bonaire, Sint Eustatius en Saba umfasste. Nicht alle Parteien traten in allen Bezirken an, zudem machten manche Parteien von der Möglichkeit Gebrauch, unterschiedliche Kandidatenlisten in den Wahlbezirken aufzustellen. Genauere Informationen hierzu finden sich bei: KIESRAAD, *Kandidatenlijsten bekend*, 8.8.2012, online unter <https://www.kiesraad.nl/nieuws/kandidatenlijsten-bekend>, eingesehen am 15.8.2013.
- 19 In den Niederlanden bestand bis zum Jahr 1970 eine Wahlpflicht, die über Jahrzehnte für hohe Beteiligungsquoten sorgte. Die Wahlbeteiligung lag nach Abschaffung der Wahlpflicht nur bei einer Wahl noch niedriger als im Jahr 2012: 1998 gaben nur 73,4% der Niederländer ihre Stimme ab. Hinsichtlich der Wahl des Jahres 2012 ist darauf hinzuweisen, dass die Beteiligungsquoten regional sehr unterschiedlich ausfielen. Besonders niedrig fielen sie im karibischen Teil der Niederlande aus, wo nur etwa ein Sechstel (Sint Eustatius) bzw. ein Viertel (Bonaire und Saba) der Bürger ihr Wahlrecht wahrnahmen.

Abbildung 2: Die Ergebnisse der Parlamentswahlen 2010 und 2012 im Vergleich



Quelle: Kiesraad, eigene Darstellung

die CU, GL, die streng orthodox-protestantische *Staatkundig Gereformeerde Partij* (SGP), die Tierschutzpartei *Partij voor de Dieren* (PvdD) und *50plus*. GL war ein weiterer großer Verlierer der Wahl: Der Stimmenanteil dieser Partei verringerte sich erheblich, sie verlor dadurch nicht weniger als sechs ihrer zehn Sitze.²⁰ Eine klare Wahlsiegerin war hingegen die Partei *50plus* – eine im Jahr 2011 neugegründete Gruppierung, die sich thematisch (entsprechend ihres Namens) vor allem auf die Belange älterer Mitbürger konzentriert und die seit 2011 bereits in einigen Provinzparlamenten und (mit einem Mandat) in der Ersten Kammer vertreten ist. Mit Henk Krol als Spitzenkandidaten erlangte die Partei knapp 180.000 Stimmen, auf dieser Grundlage zog sie mit zwei Abgeordneten in die Zweite Kammer ein.

Die zehn weiteren Parteien scheiterten deutlich an der für den Parlamenteinzug erforderlichen Stimmenzahl. Größte unter ihnen war die niederländische Piratenpartei, die 0,3% der Stimmen erhielt und damit zum zweiten Mal am Einzug in das Parlament scheiterte. Anders als ihre deutsche Schwesterorganisation trat die Piratenpartei in den Niederlanden bisher kaum in Erscheinung – weder inhaltlich noch als Alternative zu den anderen Parteien. Eine deutliche Niederlage musste auch Hero Brinkman als Spitzenkandidat der neuen Partei *Democratisch Politiek Keerpunt* (DPK) hinnehmen – diese Gruppierung erhielt weniger als 7.500 Stimmen und verfehlte ihre Ziele damit klar. Dieses Ergebnis war durchaus überraschend, da Brinkmann über Jahre ein bekanntes Mitglied der PVV-Fraktion war und auch sein Austritt aus dieser Fraktion für viel Aufregung gesorgt hatte.

²⁰ Dieses schlechte Abschneiden trug entscheidend dazu bei, dass Jolande Sap einige Wochen nach der Wahl ihre Position als politische Leiterin der Partei verlor. Ihr Nachfolger wurde im Oktober 2012 Bram van Ojik, der seither auch als Fraktionsvorsitzender fungiert.

Brinkman hatte nach seiner Trennung von der PVV die *Onafhankelijke Burger Partij* (OBP) gegründet, die im Juni 2012 mit *Trots op Nederland* (TON) zum DPK zusammenging. Ebenso wie den anderen kleineren Parteien gelang es aber auch dem DPK nicht, genügend Bürger von den eigenen inhaltlichen und personellen Angeboten zu überzeugen. Die Kritik der kleinen Parteien lautete auch bei dieser Wahl wieder, dass sie zu vielen Diskussionsrunden nicht eingeladen würden und sie somit keine Chance hätten, genügend Aufmerksamkeit zu erlangen.

Der Wahlausgang vom 12. September führte im Ergebnis dazu, dass sich die Zusammensetzung der Zweiten Kammer deutlich veränderte: Insgesamt 51 neue Abgeordnete zogen neu in das Parlament ein. Nur ein Kandidat verdankte seinen Einzug in das Parlament der vom ihm gesammelten Zahl an Vorzugsstimmen: Der CDA-Politiker Pieter Omtzigt, der auf Platz 39 der Kandidatenliste seiner Partei stand, erhielt auf der Grundlage seiner nahezu 37.000 Vorzugsstimmen das Mandat von Martijn van Helvert, der zuvor den 13. Platz der Kandidatenliste innehatte.

Erörterung zentraler Ergebnisse

Das am stärksten beachtete Ergebnis der Wahl bestand in dem überraschend guten Abschneiden der VVD und der PvdA. Die Zugewinne dieser beiden Parteien lieferten die Grundlage für verschiedene Interpretationen – unter anderem wurden sie als Stärkung der politischen Mitte und als positive Weichenstellung für Europa gedeutet.²¹ Ein zentraler Grund für die guten Ergebnisse der Liberalen und der Sozialdemokraten lag darin, dass es in den letzten Wochen vor der Wahl häufig um die Frage ging, welche der beiden Parteien stärkste Kraft werden würde und damit in der nächsten Legislaturperiode voraussichtlich den Ministerpräsidenten stellen kann. Dieser Zweikampf – auch zwischen den Personen Rutte und Samsom, deren Auseinandersetzungen die Gesprächsrunden und die Schlagzeilen prägten – wirkte sich positiv für die Liberalen und Sozialdemokraten und negativ für die anderen Parteien aus. Die Bedeutung dieses Punktes wird durch verschiedene Umfragen ersichtlich, aus denen hervorgeht, dass viele Wähler ihre Wahlentscheidung erst kurz vor der Wahl trafen und strategischen Überlegungen hierbei eine große Bedeutung zukam. Vor allem die SP und die PVV verloren durch diese Aspekte bei der Wahl viele Stimmen – in einer am Wahltag durchgeführten Umfrage gaben beispielsweise 35 % der PvdA-Wähler an, diese Partei wegen des Zweikampfes mit der VVD gewählt zu haben. Zwei Drittel dieser strategischen Wähler sagten, dass sie sonst SP gewählt hätten. Bei der VVD stellte sich die Situation ähnlich dar: ein Viertel ihrer Wähler gab an, die Wahlentscheidung aus dieser strategischen

21 Vgl. hierzu beispielsweise: T. VAN DER KOLK, *Buitenlandse media: »Nederland laat Europa-haat varen«*, 13.9.2012, online unter <http://www.volkskrant.nl>, eingesehen am 14.9.2012.

Überlegung heraus getroffen zu haben, die Hälfte dieser Wähler hätte sonst der PVV ihre Stimme gegeben.²²

Die VVD sah ihren zweifelsohne historischen Erfolg – nie zuvor hatte die Partei in ihrer über sechzigjährigen Geschichte derart viele Mandate gewonnen – als Bestätigung für die Politik der letzten Jahre an. In der Tat war die Partei nach der Wahl des Jahres 2010 trotz der schwierigen politischen Rahmenbedingungen aus Umfragen häufig als stärkste Kraft hervorgegangen. Ein wichtiger Grund hierfür war die Popularität des Spitzenkandidaten Rutte, der sich als Ministerpräsident nach Einschätzung vieler Bürger bewährte. Der VVD gelang es, ihre Position auch im Wahlkampf zu behaupten, obwohl Rutte dieses Mal weniger überzeugend auftrat als vor zwei Jahren. Die Partei profitierte hierbei ebenso wie 2010 davon, dass sie klare und für viele Bürger überzeugende Antworten auf die großen ökonomischen Probleme des Landes formulierte. Die Berechnungen des *Centraal Planbureau* (CPB) zu den Wahlprogrammen der Parteien kamen beispielsweise zu dem Ergebnis, dass die von der VVD geplanten Maßnahmen am meisten Arbeitsplätze schaffen und das Haushaltsdefizit am stärksten zurückdrängen würden.²³ Neben den bisher genannten Aspekten wirkten sich auch die Schwierigkeiten einiger politischer Mitbewerber, vor allem der PVV und des CDA, positiv auf das Wahlergebnis der Liberalen aus.

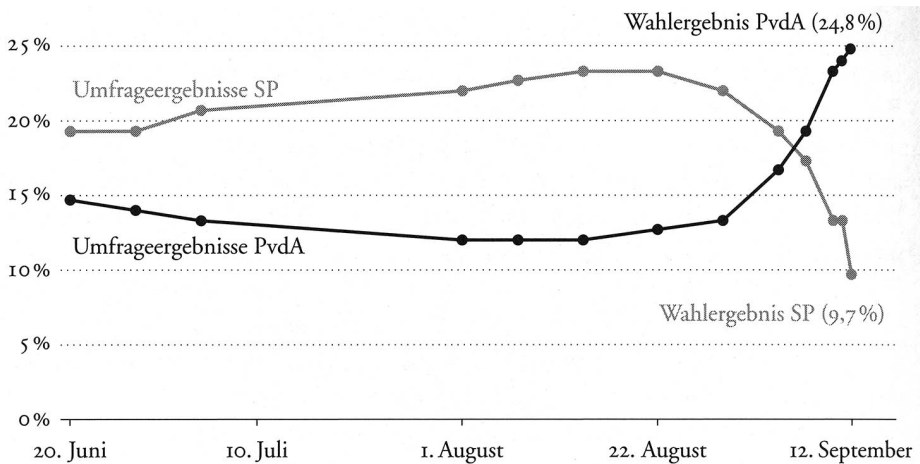
Bei der PvdA stellte sich die Entwicklung deutlich anders dar. Die Partei befand sich nach der Wahl 2010 lange im Umfragetief. Ein Grund hierfür lag darin, dass es ihr kaum gelang, sich als Oppositionskraft zu etablieren. Der oben bereits angeführte Umstand, dass Cohen große Probleme hatte, die Rolle des Oppositionspolitikers wirkungsvoll zu besetzen, leistete hierzu einen Beitrag. Nach dem Wechsel von Cohen zu Samsom veränderte sich die Situation für die Partei zunächst nicht grundlegend. Die Weigerung der Sozialdemokraten, in der Krise nach dem Zusammenbruch der Regierung an den Haushaltsverhandlungen für das Jahr 2013 teilzunehmen, führte zu großer Kritik und beschädigte das Ansehen der Partei.²⁴

22 Vgl. M. DE HOND, *Het strategisch stemmen en de Tweede Kamerverkiezingen van 2012*, 13.9.2012, online unter <https://n0.noties.nl/peil.nl/>, eingesehen am 14.9.2012. Auch das Untersuchungsinstitut Ipsos Synovate kam zu ähnlichen Schlussfolgerungen – vgl. hierzu: A. KROUWEL, *Partijloyaliteit bestaat niet meer*, 21.12.2012, online unter <http://www.ipsos-nederland.nl/content.asp?targetid=1144>, eingesehen am 4.4.2013. Laut den hier präsentierten Daten betrachteten nur 17% der PvdA-Wähler diese Partei als einzige Option, bei der VVD lag dieser Wert bei 30%. Mudde erläutert resümierend: »As it had become clear to all that neither the PVV nor the SP was considered *Koalitionsfähig* (...) by the mainstream parties, and that the VVD and PvdA were going to constitute the core of the new government coalition, many people decided to vote for the mainstream party of their political leaning, to pull the new government more to the left/right.« C. MUDDÉ, *The Dutch elections and the Eurosceptic paradox*, 17.09.2012, online unter <http://www.opendemocracy.net/cas-muddel/dutch-elections-and-eurosceptic-paradox>, eingesehen am 4.4.2013.

23 Die vollständigen Berechnungen des CPB sind im Internet unter <http://www.cpb.nl/publicatiet/keuzes-in-kaart-2013-2017> einzusehen.

24 Vgl. DE HOND (wie Anm. 12).

Abbildung 3: Umfrage- und Wahlergebnisse der PvdA und der SP im Vergleich



Quelle: *Peilingwijzer*²⁵, *Kiesraad*, Eigene Darstellung

Die PvdA erzielte somit weiter niedrige Zustimmungswerte, die Aussichten für die Wahl im September waren dementsprechend düster. Kurz vor dem Wahltermin veränderte sich die Situation jedoch grundlegend: In Umfragen legte die Partei innerhalb weniger Wochen deutlich zu. Der entscheidende Grund hierfür war nicht inhaltlicher Natur – die Partei hatte ihr Wahlprogramm bereits deutlich vor dem Aufschwung veröffentlicht –, sondern lag im Auftreten des Spitzenkandidaten Samsom, der in den zahlreichen Fernsehdebatten bei vielen Bürgern einen sehr positiven Eindruck hinterließ und dem es somit gelang, das Bild der Partei – als »redliche Alternative« zur VVD, SP und PVV – deutlich zu verbessern.²⁶ In Umfragen überholte er bei der Frage, wer der nächste Ministerpräsident werden sollte, teilweise sogar den beliebten Amtsinhaber Rutte.²⁷

²⁵ Der sogenannte *Peilingwijzer* basiert auf Berechnungen des Leidener Politikwissenschaftlers Tom Louwerse, in die die Ergebnisse aller großen Umfrageinstitute eingehen. Nähere Informationen hierzu finden sich auf der Internetseite <http://peilingwijzer.tomlouwerse.nl/>.

²⁶ In Umfragen gab ein großer Teil der Befragten an, dass dank Samsom nun ein neuer Wind in der Partei wehe und die Person Samsom die Chance, PvdA zu wählen, deutlich erhöht. Große Bedeutung kam einer am 26. August 2012 durchgeführten Fernsehdebatte zwischen den Spitzenkandidaten einiger besonders wichtiger Parteien (Rutte, Samsom, Wilders, Roemer) zu: Samsom ging aus der Diskussion als klarer Sieger hervor – dieses Resultat veränderte den Verlauf des Wahlkampfes massiv und verbesserte vor allem die Situation der PvdA schlagartig. Auch in anderen Debatten wurde Samsom als überzeugendster Kandidat gesehen. Vgl. hierzu: M. DE HOND, *Reacties op het RTL-debat*, 27.08.2012, online unter <https://n0.noties.nl/peil.nl/>, eingesehen am 6.9.2012; M. DE HOND, *Het grote effect van de debatten op de kiezersvoorkeuren*, 2.9.2012, online unter <https://n0.noties.nl/peil.nl/>, eingesehen am 6.9.2012; M. DE HOND, *Reacties na RTL4-debat en KvdB-debat*, 31.08.2012, online unter <https://n0.noties.nl/peil.nl/>, eingesehen am 6.9.2012.

²⁷ Ende 2012 wurde Samsom unter anderem vor dem Hintergrund seiner erfolgreichen Wahlkampfführung in mehreren Umfragen zum »Politiker des Jahres« gewählt.

Der zweite Faktor, der zur Veränderung der Situation für die PvdA beitrug, waren die Probleme der SP. Diese Partei hatte lange Zeit in Umfragen gute Ergebnisse erzielen können, zum Teil wurde sie sogar als größte Partei gehandelt. In den Wochen vor der Wahl wurde die SP somit dann auch besonders kritisch beäugt – diesem Druck war die Partei weder inhaltlich noch personell gewachsen: Der beliebte Spitzenkandidat Roemer, der im Frühsommer manchmal schon als nächster Ministerpräsident der Niederlande gesehen wurde, geriet in Diskussionsrunden oftmals in die Defensive, zudem hatte die Partei Probleme, ihre Lösungen für verschiedene Themen (Renten, Europa) überzeugend zu erläutern. Im Ergebnis veränderten viele Bürger – wie Abbildung 3 zeigt – ihre Wahlabsicht kurz vor der Wahl noch zugunsten der PvdA.²⁸ Die Sozialdemokraten profitierten darüber hinaus auch vom schlechten Abschneiden von GL.

Die Berichterstattung über die Wahlen wurde auch durch die Verluste der PVV geprägt, deren Stimmenanteil sich gegenüber der Wahl 2010 signifikant verringerte. Es handelt sich hierbei um das erste Mal in der Geschichte der im Jahr 2006 gegründeten Partei, dass sie Verluste bei einer Wahl hinnehmen musste.²⁹ Im Wahlkampf hatte sich Wilders als vehementer Gegner der EU zu profilieren versucht, seine zentrale Forderung bestand sogar darin, dass die Niederlande aus der EU austreten sollten.³⁰ Hiermit positionierte er sich noch deutlich kritischer als die SP, die sich vor allem an Einschränkungen der nationalen Souveränität und an europäischen Haushaltsvorgaben störte. Die anderen Themen der PVV, beispielsweise die Kritik am Islam, an der Zuwanderung, an der Kriminalität und an den durchgeführten Sparmaßnahmen, traten hinter der Europakritik zurück – bezeichnenderweise deklarierte Wilders die Wahl als Referendum über Europa und trug das Wahlprogramm der Partei den Titel »Ihr Brüssel, unsere Niederlande«.

Für die Verluste der Partei finden sich verschiedene Erklärungen. Ein Faktor war sicherlich, dass viele Wilders das vorzeitige Scheitern der Regierung Rutte I anlasteten und die Vorgänge als Bestätigung für den Vorwurf der Unzuverlässigkeit sahen.³¹ Hieran schloss sich ein zweiter wichtiger Punkt an: Die PVV besaß

28 Die Wechselwirkung wird sehr deutlich, wenn man das gemeinsame Ergebnis beider Parteien anschaut: Zusammen erhielten PvdA und SP in allen vor der Wahl durchgeführten Umfragen stets zwischen 50 und 55 Mandate, auch bei der Wahl selbst lag der Wert in diesem Bereich (53).

29 Die Geschichte der PVV sowie die Grundlagen für ihre Erfolge in der niederländischen Politik wurden in den letzten Jahren in zahlreichen Publikationen erörtert. Verwiesen sei hier lediglich auf: K. VOSSEN, *Rondom Wilders. Portret van de PVV*, Amsterdam 2013; P. LUCARDIE/G. VOERMAN, *Populisten in de polder*, Meppel 2012, S. 151ff; M. WILP, *Populismus in den Niederlanden – die Freiheitspartei von Geert Wilders*, in: SIR PETER USTINOV INSTITUT (Hrsg.), *Populismus. Herausforderung oder Gefahr für die Demokratie?*, Wien 2012, S. 75–90.

30 Mudde weist darauf hin, dass die PVV damit eine der ersten bedeutsamen Parteien in Europa ist, die eine derartige Forderung vertritt. Vgl. MUDDÉ (wie Anm. 22).

31 Vgl. M. DE HOND, *De stemming van 22 april 2012*, 22.04.2012, online unter <https://no.noties.nl/peil.nl/>, eingesehen am 24.4.2012. In der hier angeführten Umfrage gaben 49 % der Befragten Wilders die Schuld am Zerbrechen der Regierung, Rutte und Verhagen kamen zusammen nur auf 14 %, 30 % der Befragten sahen die Schuld bei allen drei beteiligten Akteuren.

aufgrund ihrer Inhalte und der Erfahrungen mit dem Kabinett Rutte I keine wirkliche Regierungsperspektive. Konkret bedeutete dies, dass keine der anderen Parteien eine Koalition mit Wilders anstrebte und auch die Bürger ein Bündnis mit Beteiligung der PVV als unrealistisch ansahen. Gerade in Anbetracht der bereits angesprochenen strategischen Stimmabgabe erwies sich diese Perspektivlosigkeit für die PVV als bedeutsames Problem.³² Zudem wirkten sich dieses Mal aber auch interne Probleme aus. Die PVV weist eine Organisationsstruktur auf, die Wilders eine dominierende Position zuweist. Bei der Auswahl und der Schulung seiner Kandidaten engagierte sich Wilders über Jahre stark, im Ergebnis gab die Partei lange Zeit ein professionelles Bild ab. Diese Situation änderte sich in den Monaten vor der Wahl – verschiedene Parlamentarier gerieten in negative Schlagzeilen, andere verließen die PVV im Streit.³³ Diese Entwicklungen wirkten sich negativ auf das Bild der Partei aus. Als Begründung für die Verluste der Partei ist abschließend auch ein inhaltlicher Punkt anzuführen: Wilders Europakritik fiel in Teilen der Bevölkerung zwar durchaus auf fruchtbaren Boden, jedoch erwiesen sich die polarisierenden und zum Teil in dieser Schärfe erst kurz vor der Wahl erhobenen Forderungen als nur bedingt zugkräftig. Zudem erreichte die PVV nicht mehr die Aufmerksamkeit wie in den Wahlkämpfen zuvor, auch Wilders selbst konnte die Diskussionsrunden nicht mehr so stark wie in den Jahren zuvor prägen.

Nach der verheerenden Niederlage des Jahres 2010 erlebte der CDA im Jahr 2012 einen neuen Tiefpunkt historischem Ausmaßes: Die Partei, die über Jahrzehnte die Geschicke des Landes in entscheidender Weise prägte (und die bei der Wahl 2006 noch mit einem Wahlergebnis von 26,5% mit klarem Abstand größte Partei geworden war), musste erneut massive Verluste hinnehmen und erhielt nur noch 8,5% der Stimmen.³⁴ Ein zentraler Grund hierfür lag darin, dass die Partei, die schon vor der Wahl 2010 auf viele Wähler einen verbrauchten Eindruck

32 Nahezu die Hälfte der Wähler, die 2010 PVV und 2012 eine andere Partei wählten, gab in einer Umfrage an, dass sie diesen Wechsel deshalb vollzogen haben, weil die PVV sowieso nicht für eine Koalition in Betracht kommt. In einer anderen Umfrage gaben nahezu zwei Drittel der Befragten der PVV keine Chance, an einer Regierung teilzunehmen. Vgl. M. DE HOND, *Reactie op verkiezingsprogramma PVV en uitreden twee fractieleiden*, 30.08.2012, online unter <https://n0.noties.nl/peil.nl/>, eingesehen am 2.9.2012.

33 Im März 2012 verließ Hero Brinkmann, der immer wieder für eine Öffnung der Partei plädiert hatte und der zudem bestimmte Inhalte der Partei kritisch sah, die Fraktion und gründete – wie oben erwähnt – seine eigene Partei. Anfang Juli 2012 verließen mit Marcial Hernandez und Wim Kortenoeven zwei weitere Abgeordnete die Fraktion der PVV, als Grund führten sie parteiinterne Probleme an. Wilders versuchte diese Kritik zu kontern, indem er sie als Reaktion auf schlechte Platzierungen auf der Kandidatenliste der Partei für die anstehende Wahl abtat. In Umfragen zum Thema geben viele Befragte immer wieder an, dass sie die Organisationsstruktur der Partei kritisch sehen. Vgl. hierzu beispielsweise: DE HOND (wie Anm. 32); M. DE HOND, *Hero Brinkman stap uit de PVV*, 20.3.2012, online unter <https://n0.noties.nl/peil.nl/>, eingesehen am 27.3.2012.

34 Einige allgemeine Hintergründe für die Probleme der niederländischen Christdemokratie werden erörtert in: M. WILP, *Politische Kräfteverhältnisse im Wandel. Zur veränderten Position der*

gemacht hatte, durch die erneute Regierungsteilnahme keine Möglichkeit besaß, sich umfassend zu erneuern.³⁵ Der Schritt hin zu einer Regierungsbeteiligung, die die Kooperation mit der PVV vorsah, war zudem parteiintern äußerst umstritten gewesen. Erst nach langen Verhandlungen fand er mehrheitlich Zustimmung innerhalb der Partei – eine Entscheidung, die das Fundament und das Renommee der Partei nachhaltig schwächte. Als Regierungspartei wurde der CDA in der Folgezeit kaum wahrgenommen, vor allem blieb die inhaltliche Positionierung der Partei unklar. Zu Beginn des Wahlkampfes erzielte die Partei in Umfragen somit schlechte Werte. Obwohl die Christdemokraten vor der Wahl viele neue Kandidaten präsentierten und versuchten, das eigene Image zu erneuern, blieb eine Aufwärtsentwicklung im Wahlkampf aus. Besonders bemerkenswert erscheint hierbei der Umstand, dass der CDA mit Buma an der Spitze nur wenig Beachtung fand – die großen Diskussionen verliefen sowohl in inhaltlicher als auch in personeller Hinsicht zwischen anderen Parteien.³⁶ Im Ergebnis verlor die Partei nach der Wahlschlappe des Jahres 2010 nochmals mehr als fünf Prozent und erzielte damit (erneut) das schlechteste Ergebnis ihrer Geschichte.

Die Regierungsbildung

Zur Regierungsbildung fand in den Niederlanden über Jahrzehnte ein Verfahren Verwendung, welches der Königin eine koordinierende Rolle einräumte.³⁷ Konkret bedeutete dies, dass die Königin nach der Wahl Gespräche mit einigen Beratern und den Parteispitzen führte und auf dieser Grundlage einen Verhandlungsführer (den sogenannten Informateur) ernannte, der Möglichkeiten zur Regierungsbildung auslotete. Auch wenn die Königin in ihrem Handeln an die Eingaben der Parteien gebunden war, keine eigenen Präferenzen zeigen durfte und zudem der

Christ- und Sozialdemokratie im niederländischen Parteiensystem, in: R.T. BAUS (Hrsg.), *Parteiensystem im Wandel. Perspektiven, Strategien und Potentiale der Volksparteien*, Sankt Augustin/Berlin 2012, S. 239–262; R. CUPERUS, *Der holländische Bild-Zeitungs-Populismus und die Schwäche der etablierten Parteien*, in: LANDESZENTRALE FÜR POLITISCHE BILDUNG NRW (wie Anm. 9), S. 73ff.

- 35 Innerhalb der Partei wurde die Niederlage bei der Wahl 2010 von einer Kommission unter Leitung von Léon Frissen evaluiert. Die Ergebnisse der Betrachtungen finden sich im Internet unter <http://www.cda.nl/actueel/toon/verder-na-de-klap-rapport-frissen/>.
- 36 In einer Ende August 2012 veröffentlichten Umfrage gaben nach einer Diskussionsrunde im Fernsehen nahezu zwei Drittel der Befragten an, dass der CDA scheinbar völlig unwichtig geworden sei. Vgl. M. DE HOND, *Reacties na RTL4-debat en KvdB-debat*, 31.08.2012, online unter <https://m0.noties.nl/peil.nl/>, eingesehen am 6.9.2013. Eine nach der Wahl von der Partei selbst eingesetzte Kommission benannte drei Ursachen für das verheerende Wahlergebnis: eine unklare programmatische Positionierung, einen (hiermit verbundenen) Mangel an interner Geschlossenheit und in nachgeordneter Hinsicht die relative Unbekanntheit des Spitzenkandidaten und der anderen Kandidaten. Vgl. COMMISSIE ROMBOUTS, *Om eenheid en inhoud. Evaluatie Tweede Kamerverkiezingen 2012*, 27.10.2012, online unter <http://www.cda.nl/actueel/toon/evaluatierapport-commissie-rombouts-roept-op-tot-eeenheid/>, eingesehen am 13.11.2012.
- 37 Vgl. hierzu: M. WILP, *Das politische System der Niederlande. Eine Einführung*, Wiesbaden 2012, S. 174ff.

Ministerpräsident im Nachhinein die Verantwortung für die Regierungsbildung übernahm, kam ihr doch – zumindest bei einer unklaren Lage – ein gewisser Einfluss zu. Dieser Aspekt war lange Zeit Gegenstand kritischer Betrachtungen. Vor diesem Hintergrund starteten zwei D66-Abgeordnete (Gerard Schouw und Boris van der Ham) im Jahr 2011 einen Anlauf, um dem Parlament bei der Regierungsbildung die Koordination zuzusprechen. Dieser Vorschlag erhielt im März 2012 die erforderliche parlamentarische Zustimmung, sodass die Zweite Kammer nach der Wahl im September selbst aufgefordert war, die Initiative zur Regierungsbildung zu ergreifen. Im konkreten Fall stellten sich die Umstände hierfür als besonders unübersichtlich dar, weil sich die seit 2006 amtierende Parlamentsvorsitzende Gerdi Verbeet (PvdA) bei der Wahl im September nicht erneut für ein Mandat beworben hatte und die Unterredungen zur Regierungsbildung zudem mit den Aktivitäten rund um den *Prinsjesdag* zusammenfielen. Hinzu kamen grundsätzliche Bedenken darüber, ob das neue Prozedere überhaupt geeignet ist, eine Regierung hervorzubringen.

Nach der Wahl erwiesen sich derartige Zweifel jedoch – zumindest in dieser Situation – als unbegründet. Grundlage hierfür war der Umstand, dass sehr rasch deutlich wurde, dass es keine realistische Alternative zu einer Koalition zwischen den beiden Wahlsiegern VVD und PvdA gab. Bereits am Wahlabend ließen Rutte und Samsom, die im Wahlkampf durchaus heftig gegen die jeweils andere Partei ausgeteilt hatten, dann auch verlauten, dass sie die ihren Parteien übertragene Verantwortung ernst nähmen. Die unmittelbar nach der Wahl stattfindenden Gespräche kamen zu dem erwartbaren Ergebnis, dass der VVD als größter Partei die Initiative zukam. Henk Kamp (VVD), der im Kabinett Rutte I als Sozial- und Arbeitsminister fungiert hatte, sollte ab dem 13. September ausloten, wer als Informateur zu berufen sei. In seinem Bericht schlug er wenige Tage später vor, dass er selbst die Koalitionsgespräche zwischen VVD und PvdA zusammen mit dem Sozialdemokraten Wouter Bos koordinieren sollte.³⁸ Am 20. September erteilte die neue Zweite Kammer im Rahmen ihrer ersten Zusammenkunft den beiden vorgeschlagenen Personen diesen Auftrag und setzte sie somit als Informateure ein. Die danach beginnenden Koalitionsverhandlungen, die vor allem zwischen Mark Rutte und Stef Blok auf der einen und Diederik Samsom und Jeroen Dijsselbloem auf der anderen Seite stattfanden, verliefen schnell und erfolgreich: Bereits Ende Oktober legten beide Parteien einen Koalitionsvertrag vor, dem die Parlamentsfraktionen beider Parteien zustimmten. Die neue Parlamentsvorsitzende Anouchka van Miltenburg (VVD) erhielt am 29. Oktober den Bericht der beiden

38 Dieser Bericht ist – ebenso wie alle anderen Dokumente zur Regierungsbildung – auf der Internetseite www.kabinetsformatie2012.nl einzusehen. Weitere Informationen zum Thema finden sich auch auf den Seiten des Parlamentarischen Dokumentationszentrums der Universität Leiden (www.parlement.com), des mit der Universität Nimwegen verbundenen Zentrums für parlamentarische Geschichte (www.ru.nl/cpgf) und der NOS (<http://nos.nl/dossier/418302-kabinetsformatie-2012/>).

Abbildung 4: Die Zusammensetzung des Kabinetts Rutte II

Ministerium für/der	Minister/-in	Staatssekretär/-in
Allgemeine Angelegenheiten	Mark Rutte (VVD)	—
Finanzen	Jeroen Dijsselbloem (PvdA)	Frans Weekers (VVD)
Auswärtige Angelegenheiten	Frans Timmermans (PvdA)	—
Inneres und Königreichsbeziehungen	Ronald Plasterk (PvdA)	—
Soziales und Arbeit	Lodewijk Asscher (PvdA)	Jetta Klijnsma (PvdA)
Wirtschaft	Henk Kamp (VVD)	Sharon Dijksma (PvdA)
Gesundheit, Gemeinwohl und Sport	Edith Schippers (VVD)	Martin van Rijn (PvdA)
Sicherheit und Justiz	Ivo Opstelten (VVD)	Fred Teeven (VVD)
Bildung, Kultur und Wissenschaft	Jet Bussemaker (PvdA)	Sander Dekker (VVD)
Verteidigung	Jeanine Hennis-Plasschaert (VVD)	—
Wohnen und Verwaltung	Stef Blok (VVD)	—
Infrastruktur und Umwelt	Melanie Schultz van Haegen-Maas Geesteranus (VVD)	Wilma Mansveld (PvdA)
Außenhandel und Entwicklungszusammenarbeit	Lilianne Ploumen (PvdA)	—

Quelle: Eigene Darstellung

Informateure. Zwei Tage später wurde der designierte Ministerpräsident Mark Rutte eingesetzt, um die Regierungsbildung mit der Verteilung der vorgesehenen Ämter abzuschließen. Die Vereidigung der neuen Minister und Staatssekretäre fand am 5. November statt, sie wurde erstmals im Fernsehen ausgestrahlt.

Das neue Kabinett Rutte II setzt sich aus 13 Ministern (sieben von der VVD und sechs von der PvdA) und sieben Staatssekretären (drei von der VVD und vier von der PvdA) zusammen. Das Amt des stellvertretenden Ministerpräsidenten bekleidet Lodewijk Asscher (PvdA), der zuvor in der Amsterdamer Kommunalpolitik tätig war und der im Kabinett Rutte I zugleich als Minister für Soziales und Arbeit fungiert. Bereits nach wenigen Wochen war eine erste personelle Veränderung erforderlich: Der Staatssekretär im Wirtschaftsministerium, Co Verdaas (PvdA), trat bereits Anfang Dezember zurück. Der Grund hierfür lag darin, dass er in seiner Zeit als Deputierter in der Provinz Gelderland Reisekosten nicht ordnungsgemäß deklariert hatte. Seine Nachfolge trat Sharon Dijksma (PvdA) an.

Der Fehlstart der neuen Regierung

Zwischen Wahltag und Amtsantritt des Kabinetts Rutte II lagen weniger als zwei Monate – nach der ungewöhnlich langen Regierungsbildung des Jahres 2010 vollzog sich 2012 damit die schnellste Regierungsbildung seit 1967. Auf der Grundlage eines unerwarteten Wahlergebnisses entstand eine Koalition, die vor den Wahlen zwar kritisch erörtert, nun aber als folgerichtig und in Ermangelung anderer Optionen als alternativlos gesehen wurde. Die Überschrift des Koalitionsabkommens

lautete »Brücken schlagen«.³⁹ Dieser Slogan war zum einen auf die Gesellschaft aber durchaus auch auf die beiden Koalitionspartner ausgerichtet – schließlich bestanden zwischen beiden Parteien deutliche inhaltliche Unterschiede. Um diese Unterschiede zu überbrücken, fand im Rahmen der Regierungsverhandlungen ein bemerkenswertes Prozedere Verwendung: Es wurde nicht bei allen Fragen nach Kompromissen gesucht, sondern es fand ein »Geben und Nehmen« zwischen den beiden Koalitionspartnern statt. Diese Vorgehensweise führte dazu, dass sowohl die Liberalen als auch die Sozialdemokraten Regelungen akzeptieren mussten, die sie vor der Wahl in dieser Form nicht vertreten hätten – ein Umstand, der sich rasch als problematisch erweisen sollte.

Die neue Regierung einigte sich auf drei zentrale Ziele: Die Sanierung des Haushalts, das Streben nach sozialem Ausgleich und die Beförderung eines nachhaltigen Wachstums. Die Berichterstattung über den Start der Regierung thematisierte vor allem das Thema Einsparungen. Die neue Koalition legte ein neues Sparpaket auf, das weitere Kürzungen beim Staatsapparat, auf dem Wohnungsmarkt, im Bereich der Entwicklungszusammenarbeit und insbesondere beim Thema Gesundheit vorsah. Eine der vorgesehenen Maßnahmen wurde sogleich äußerst intensiv und kritisch diskutiert: Die Regierung wollte eine einkommensabhängige Krankenkassenprämie einführen, die zu hohen Kosten für Besserverdienende (und zu leichten Entlastungen für Menschen mit niedrigem Einkommen) geführt hätte. Kontrovers gestritten wurde zudem über die Frage, welche Auswirkungen die geplanten Sparmaßnahmen auf die Kaufkraft einzelner Bevölkerungsgruppen haben würden – die Zahlen hierzu gingen weit auseinander und übertrafen die von der Regierung zunächst vorgestellten Daten zum Teil deutlich.

Die Pläne der Regierung wurden von den Oppositionsparteien erwartungsgemäß kritisiert, wobei die Begründungen für die Kritik unterschiedlich ausfielen. Viel problematischer erwies sich für die beiden Koalitionspartner der Umstand, dass sich auch die öffentliche Meinung und vor allem die eigenen Lager skeptisch gegenüber den Plänen aufstellten.⁴⁰ Die im Rahmen der Regierungsbildung in den Hintergrund getretenen Differenzen waren – wie sich nun deutlich zeigte – keineswegs verschwunden und durch das besondere Verfahren der Regierungsbildung auch nicht im ausreichenden Maße überbrückt worden. Sowohl die Basis der PvdA als auch jene der VVD nahm somit eine kritische Haltung gegenüber der Zusammenarbeit im Allgemeinen und einige der vorgestellten Maßnahmen im Besonderen ein. Die Anhängerschaft der VVD störte sich vor allem an den Plänen bezüglich der einkommensabhängigen Krankenkassenprämien, die wegen

39 Das Koalitionsabkommen der neuen Regierung ist im Internet auf der Seite <http://www.rijksoverheid.nl/regering/regeerakkoord> einzusehen.

40 An dieser Stelle ist darauf hinzuweisen, dass sich die Anhänger beider Parteien bereits unmittelbar nach der Wahl recht kritisch bezüglich einer Regierungszusammenarbeit geäußert hatten. Vgl. hierzu: M. DE HOND, *De Tweede Kamerverkiezingen van 12 september 2012*, 19.9.2012, online unter <https://n0.noties.nl/peil.nl/>; eingesehen am 24.9.2012.

ihres nivellierenden Effekts nach Auffassung vieler Parteianhänger nicht mit den liberalen Grundprinzipien vereinbar und damit auch nicht vertretbar waren. Der Unmut wuchs derart an, dass die Regierung nach weniger als zwei Wochen ihre Koalitionsvereinbarung in diesem Punkt ändern musste: Die Idee der einkommensabhängigen Krankenkassenprämie wurde aufgegeben, stattdessen wurde fortan ein sozialer Ausgleich durch Veränderungen am Steuersystem angestrebt. Im Rahmen dieses Kurswechsels entschuldigte Rutte sich in einem bemerkenswerten Schritt öffentlich dafür, dass er die Haltungen zum Thema offenbar falsch eingeschätzt und somit als Verhandlungsführer der Liberalen Fehler gemacht hatte.

Die kritischen Diskussionen über die Pläne der neuen Regierung trugen entscheidend dazu bei, dass sich die Umfragewerte sowohl für die VVD als auch für die PvdA in wenigen Wochen drastisch verschlechterten. Aus verschiedenen Umfragen ging zudem hervor, dass der Start der Koalition allgemein kritisch gesehen wurde. Vom Unmut über die neue Koalition profitierten die PVV, die SP, der CDA, die D66 und 50plus. Die Verschiebungen führten im Ergebnis dazu, dass sich die politische Landschaft Ende 2012 wieder sehr zersplittert und unübersichtlich darstellte.⁴¹ Neben diesen Aspekten rückte ein weiteres Problem stärker in den Mittelpunkt: Die Regierung aus Liberalen und Sozialdemokraten besitzt zwar eine deutliche Mehrheit in der Zweiten Kammer, in der Ersten Kammer des Parlaments, die allen Gesetzen zustimmen muss, verfügen die beiden Parteien jedoch nur über 30 der 75 Sitze. Bei der mangelnden Unterstützung einer Regierung in der Ersten Kammer handelt es sich um eine Problematik, die über lange Zeit in der niederländischen Politik nicht präsent war. Allerdings hatte bereits das Kabinett Rutte I hiermit kämpfen müssen – bei der Bildung dieses Kabinetts im Jahr 2010 ging man allerdings davon aus, dass die Mehrheitsverhältnisse sich bei der Wahl im Jahr 2011 bereits ändern könnten.⁴² An der fehlenden Mehrheit der VVD und PvdA in der Ersten Kammer wird sich, da die Erste Kammer erst 2015 neu gewählt wird, so schnell nichts ändern. Die Regierung ist somit gezwungen, immer wieder die Unterstützung von Oppositionsparteien zu finden. Der Erfolg hierbei wird – neben der Frage nach dem inneren Zusammenhalt der unterschiedlichen Koalitionspartner – über Erfolg und Dauer des Kabinetts Rutte II entscheiden.

41 Vgl. hierzu unter anderem: M. DE HOND, *De stemming van 9 december 2012*, online unter <https://no.noties.nl/peil.nl/>, eingesehen am 15.12.2012. Siehe hierzu auch die Daten auf der Internetseite des Forschungsinstitutes Ipsos Nederland (<http://www.ipsos-nederland.nl>).

42 De facto war die Regierung auch nach der Senatswahl vom 23. Mai 2011 auf die Unterstützung aus den Reihen der Opposition angewiesen: Trotz der Zugewinne der VVD (von 14 auf 16) und der PVV (von 0 auf 10) verfehlte die damalige Regierungskonstruktion die eigenen Mehrheit wegen der Verluste des CDA (von 21 auf 11) um genau einen Sitz.

Fazit

Das Jahr 2012 war in den Niederlanden in politischer Hinsicht sehr ereignisreich. Inhaltlich standen wie in den Jahren zuvor die großen ökonomischen Probleme des Landes im Vordergrund, die Diskussionen konzentrierten sich hierbei vor allem auf die verschiedenen Sparpakete sowie deren Folgen für die Bürger und für die wirtschaftliche Entwicklung. Der durch die schlechten Haushalts- und Wirtschaftsdaten vorhandene Problemdruck, der trotz aller Einsparungen auch in den nächsten Jahren die niederländische Politik prägen wird, hat entscheidend zu den im Jahr 2012 zu beobachtenden politischen Verwerfungen beigetragen. Diese Verwerfungen können zudem auch in anderer Hinsicht als symptomatisch gedeutet werden: Die Veränderungen der politischen Landschaft zeigen klar auf, dass nur noch wenige niederländische Bürger feste Parteibindungen pflegen, was die Grundlage für eine sehr wechselhafte politische Stimmung bildet.⁴³ Die Auswirkungen hiervon zeigten sich im Wahlkampf erneut sehr deutlich, da viele Bürger ihre Wahlpräferenz noch kurz vor der Stimmabgabe änderten, was sich prägend auf die Wahlergebnisse auswirkte. Der überraschende Aufschwung der PvdA in den letzten Wochen vor dem 12. September belegt, dass Umschwünge in der öffentlichen Meinung oftmals weniger durch inhaltliche Aspekte als vielmehr durch eine gelungene Kampagne mit einem erfolgreichen Kandidaten und durch strategische Erwägungen zu erklären sind. Nach der Wahl veränderte sich die politische Stimmung in Anbetracht des holperigen Starts der neuen Regierung dann erneut massiv, wodurch das Wahlergebnis noch stärker als Momentaufnahme mit begrenzter Aussagekraft erscheint. Vor einem Eindruck völliger Beliebigkeit ist gleichzeitig zu warnen: Aus allen Untersuchungen zum Thema geht hervor, dass die niederländischen Wähler nicht völlig »frei schweben«, sondern sich ihre Präferenz auf mehrere, programmatisch ähnlich ausgerichtete Parteien erstreckt.⁴⁴

In Anbetracht der oben genannten Aspekte sind auch manche Interpretationen zum Wahlergebnis des Jahres 2012 kritisch zu hinterfragen. Die Resultate vom 12. September wurden oftmals als Sieg der politischen Mitte und als Niederlage der

43 Aktuelle Daten hierzu finden sich beispielsweise bei: KROUWEL (wie Anm. 22); DE HOND (wie Anm. 40). Schnabel hält hinsichtlich der Veränderungen der niederländischen Politik fest: »Die Politik hat sich zu einem unsicheren Geschäft entwickelt und politische Karrieren werden immer kürzer. Die niederländischen Medien, insbesondere das Fernsehen, verfolgen sehr aufmerksam das Geschehen auf der parlamentarischen Bühne und das wiederum bestimmt in erheblichem Maße, was dort geschieht und wer daran teilnimmt. Nicht umsonst fallen in der Diskussion über den Zustand der niederländischen Politik die Begriffe »Medienkratie« und »Dramademokratie«. Politik wird zunehmend als Drama zwischen Personen und als eine Welt voller Konflikte und Intrigen inszeniert. Die großen Geschichten, die Ideologien, haben ausgedient – was bleibt, ist die Tyrannei der Meinungsumfragen und der unbesiegbare Drang, auf Abweichungen und Zwischenfälle mit Strukturveränderungen zu reagieren.« SCHNABEL (wie Anm. 9), S. 22.

44 Vgl. hierzu beispielsweise: P. DEKKER/T. VAN DER MEER, *Ohne Volksparteien – na und? Ein Blick in die Niederlande*, in: LANDESZENTRALE FÜR POLITISCHE BILDUNG NRW (wie Anm. 9), S. 55f.

polarisierenden Parteien gedeutet. Hinsichtlich dieser Interpretation ist erstens zu beachten, dass aus dem Wahlergebnis sicher kein neuer Trend abzulesen ist, es vielmehr nur eine spezifische politische Situation widerspiegelt. Der Amsterdamer Politikwissenschaftler Krouwel äußert hierzu zu Recht: »Die Sieger der Wahl vom vergangenen September, VVD und PvdA, sollten dann auch nicht zu laut jubeln. Die Unterstützung für diese Parteien steht auf wackligen Füßen! VVD und PvdA haben ihren Wahlerfolg größtenteils Wählern zu verdanken, die sicher nicht aus voller Überzeugung diese Parteien gewählt haben, sondern lediglich bei dieser Gelegenheit – teils aus inhaltlichen Gründen und teils aus taktischen Erwägungen – für die Sozialdemokraten und Liberalen votierten.«⁴⁵ Vor diesem Hintergrund bezweifelt Krouwel dann auch, dass mit der Wahl des Jahres 2012 die Zeit der politischen Polarisierung und der Zersplitterung vorbei sei – vielmehr zeigt er anhand seines, auf der Grundlage der Wahlprogramme erstellten Wahlkompasses auf, dass viele Parteien die politische Mitte verlassen haben: »Kurzum, die politische Polarisierung nimmt in den Niederlanden nicht ab, vielmehr leert sich langsam die politische Mitte.«⁴⁶ Umfrageergebnisse vom Ende des Jahres 2012 zeigen zudem, dass die stärksten Vertreter der politischen Polarisierung, die PVV und die SP, wieder mehr Unterstützung erfahren und sich somit rasch von ihren enttäuschenden Wahlergebnissen erholen konnten.

Im Ausland – insbesondere auch in Deutschland, wo man vor der Wahl große Sorge hatte, die niederländische Unterstützung in Europa zu verlieren – wurde das Wahlergebnis vom 12. September positiv aufgenommen. Insbesondere die enttäuschenden Ergebnisse der europafeindlichen PVV und der europakritischen SP sorgten für Erleichterung.⁴⁷ Es ist jedoch davor zu warnen, den Wahlausgang falsch zu interpretieren. Mudde schreibt hierzu: »Because, paradoxically, while the 'anti-European' parties might have lost the battle, it remains to be seen whether they also have lost the war. In many ways, these have been the most Eurosceptic elections in Dutch history.«⁴⁸ Als Begründung führt er an, dass neben der PVV und der SP mittlerweile auch viele andere Parteien europakritische Haltungen vertreten – ein Umstand, der sich auch durch die in der Bevölkerung vorhandene Skepsis insbesondere gegenüber dem Euro erklärt. Als Fazit konstatiert Mudde: »In short, while the European establishment can give a sigh of relief for now, the Dutch election results should not be interpreted as a victory for the European Union.«⁴⁹

45 KROUWEL (wie Anm. 22, Übersetzung durch den Verfasser).

46 KROUWEL (wie Anm. 22, Übersetzung durch den Verfasser).

47 Vgl. beispielsweise: M. KRUPA, *Holland lässt die Euro-Feinde scheitern*, 13.9.2012, online unter <http://www.zeit.de>, eingesehen am 13.9.2012; SPIEGEL ONLINE, *Niederländer wählen pro Euro*, 13.9.2012, online unter <http://www.spiegel.de>, eingesehen am 13.9.2012.

48 MUDDÉ (wie Anm. 22).

49 MUDDÉ (wie Anm. 22).

Abschließend ist festzuhalten, dass in der niederländischen Politik im Jahr 2012 erneut wichtige Weichenstellungen stattfanden. Inwiefern diese Weichenstellungen von Dauer sein werden, wird sich erst in den nächsten Jahren zeigen. Der schlechte Start der neuen Regierung deutet darauf hin, dass die Euphorie über das vermeintlich klare Wahlergebnis schnell verfliegen kann. Hierbei ist zu beachten, dass nicht nur interne Spannungen die Stabilität des neuen Kabinetts bedrohen – beide Koalitionspartner befinden sich vielmehr auch in einer strategisch schwierigen Position, da sie von ihren Konkurrenten, insbesondere von der PVV und der SP, politisch unter Druck gesetzt werden können. Zudem sind die Rahmenbedingungen des Regierungshandelns angesichts der schwierigen wirtschaftlichen Situation alles andere als günstig. In Anbetracht dieser Aspekte wird abzuwarten sein, welche Entwicklungen die nächsten Jahre prägen werden – die Vermutung, dass die Niederlande in politischer Hinsicht wohl Erdbebengebiet bleiben werden, ist jedoch durchaus plausibel.